



Die Krisis

Bülow, Bernhard W. von
Berlin, 1922

1. Direkte Besprechungen zwischen Wien und Petersburg

[urn:nbn:de:hbz:466:1-73645](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-73645)

Aktionsprogramm vom 24. Juli (Französisches Gelbbuch Nr. 22) mit seiner serbenfreundlichen, europäisierenden, gegen die Mittelmächte gerichteten Tendenz in die Wirklichkeit umzusetzen.

Der Vollständigkeit halber sei jedoch eine Anregung erwähnt, die der französische Botschafter in Berlin am 29. Juli gemacht hat. Als bei einer Aussprache mit Jagow die Rede auf Sicherheiten für die Verwirklichung der serbischen Versprechungen kam, schlug er anstelle der Kontrolle einer einzelnen Macht, d. h. Österreich-Ungarns, die einer internationalen Kommission vor, nach dem Muster der Finanzkommission in Athen (Französisches Gelbbuch Nr. 92). Jules Cambon hat nicht berichtet, wie der Staatssekretär seine Anregung aufnahm. Jedenfalls war sie viel zu bedeutungslos, um nach Beginn der russischen Mobilmachung noch beachtet zu werden. Die Pariser Regierung hat den Vorschlag, der vielleicht auf ein Telegramm Vivianis vom 24. Juli zurückzuführen ist*), nicht weiter verfolgt, keines der Farbbücher erwähnt ihn überhaupt, in der Literatur blieb er unbeachtet, selbst die Pariser Schuldkommission ist nicht auf ihn zurückgekommen. Nur in der Note, mit der der Feindbund am 30. Dezember 1916 den Friedensvorschlag vom 12. Dezember zurückwies, wird unter den vielen Sünden, die Deutschland vorgehalten werden, auch die Ablehnung des französischen Vorschlags einer internationalen Kommission aufgezählt. Der Vorwurf ist jedenfalls nicht ernst gemeint, sonst wäre er auf der Friedenskonferenz wiederholt worden.

IV. Der österreichisch-russische Konflikt

1. Direkte Besprechungen zwischen Wien und Petersburg

Die deutsche Regierung erwartete die Beilegung des drohenden österreichisch-russischen Konfliktes von den direkten Besprechungen, die der russische Minister des Äußern am 26. Juli unter Aufgabe seiner ursprünglichen, unversöhnlichen Haltung im Anschluß an seine Unterredungen mit dem österreichisch-ungarischen und dem deutschen Botschafter vorgeschlagen hatte. Sasonow hat später erklärt, daß er diese Anregung Pourtalès' Rate verdanke (Englisches Blaubuch Nr. 78, vgl. Deutsche Dokumente Nr. 238**).

*) Siehe Poincaré, a. a. O., S. 213.

***) Grey hatte bereits am 20. Juli in einem Telegramm nach Petersburg erklärt, daß im Falle von Verwicklungen eine direkte Aussprache zwischen Österreich-Ungarn und Rußland wünschenswert sei (Oman, S. 18). Am 23. Juli empfahl er sowohl Mensdorff wie Benckendorff den direkten Gedankenaustausch zwischen Wien und Petersburg (Österreichisches Rotbuch 1919, I, Nr. 59, Englisches Blaubuch Nr. 3, Oman, S. 18).

Deutscherseits war allerdings wohl nicht bekannt, daß Sasonow in seinem Telegramm nach Wien (Russisches Orangebuch Nr. 25) das Ansinnen gestellt hatte, den österreichisch-ungarischen Botschafter in Petersburg zu ermächtigen, gemeinsam mit ihm „einige Artikel der Note vom 23. Juli umzuarbeiten“*). Sonst würde man in Berlin wohl keine großen Hoffnungen an diese Besprechungen geknüpft haben. Daß die Wiener Regierung in eine Abänderung der von ihr gestellten Forderungen gemäß den nicht näher bezeichneten Wünschen Sasonows einwilligte und damit Rußland zum Richter in ihrem Streit mit Serbien einsetzte, war nicht zu erwarten. Hingegen wäre eine Verständigung über die Wahrung berechtigter Interessen Rußlands bei der Durchführung der österreichisch-ungarischen Aktion sehr wohl möglich gewesen. In diesem Sinne wurde auch der russische Vorschlag am 27. Juli deutscherseits nach Wien weitergegeben (vgl. Deutsche Dokumente Nr. 238, 277) und am 28. Juli nach Petersburg mitgeteilt, man hoffe, daß Österreich-Ungarns territoriale Desinteressesmentserklärung Rußland genügen und als Basis für weitere Verständigung dienen werde (Deutsche Dokumente Nr. 300).

In Wien war man aber, wie heute bekannt ist, fest entschlossen, unter allen Umständen es zum Kriege gegen Serbien kommen zu lassen. Am 28. Juli erfolgte die Kriegserklärung, und am gleichen Tage lehnte die österreichisch-ungarische Regierung es nicht nur ab, ihre Note vom 23. Juli zu erörtern oder abzuändern, sondern auch über den Wortlaut der serbischen Antwort zu verhandeln (Österreichisches Rotbuch 1919, II, Nr. 95, Russisches Orangebuch Nr. 45). Österreich-Ungarn hatte aber seit der Erklärung Berchtolds vom 24. Juli (Österreichisches Rotbuch 1919, II, Nr. 23) wiederholt sich bestrebt gezeigt, Rußland über seine Absichten gegen Serbien zu beruhigen und eine Verständigung über sein Vorgehen herbeizuführen. Am 25. Juli wurde der österreichisch-ungarische Botschafter in Petersburg angewiesen, zu erklären, daß die Monarchie in Serbien keine eigennützigen Motive verfolge, keinen territorialen Gewinn anstrebe**) und auch die Souveränität Serbiens nicht anzu-

*) Sasonow meinte, „auf diese Weise würde es vielleicht gelingen, eine Formel zu finden, die für Serbien annehmbar wäre und gleichzeitig Österreich in den wichtigsten Forderungen Genugtuung geben werde“. Er wollte also selbst darüber entscheiden, was Serbien annehmen könne!

**) Berchtold hat allerdings von dem Verzicht auf Annexionen, den Tisza im Ministerrat vom 19. Juli (Österreichisches Rotbuch 1919, I, Nr. 26) durchgesetzt hatte, nicht den zu erwartenden vollen Gebrauch gemacht. Nicht allein Tisza glaubte, daß dies Moment die Spannung mildern werde, vor allem legte die deutsche Regierung ihm große Bedeutung bei (Deutsche Dokumente Nr. 198, 199, 200, 219, 279, 300, 307, 380), und auch der österreichisch-ungarische Botschafter in Petersburg hoffte mit ihm zu Ergebnissen zu gelangen. Er fragte am 24. Juli an, wann er zur Verwertung des Moments des territorialen Desinter-

tasten gedächte (Österreichisches Rotbuch 1919, II, Nr. 42). Die von Sasonow am 24. Juli (Österreichisches Rotbuch 1919, II, Nr. 17, 18) besonders beanstandete Forderung, betreffend die Beteiligung von österreichisch-ungarischen Funktionären bei der Unterdrückung der subversiven Bewegung in Serbien, wurde am 25. Juli in entgegenkommendem Sinne erläutert (Österreichisches Rotbuch 1919, II, Nr. 38). Am 26. Juli erklärte der österreichisch-ungarische Botschafter in Petersburg, die anscheinend dort vielfach gehegten Befürchtungen, daß es sich bei dem Vorgehen gegen Serbien um einen Eroberungsfeldzug oder einen Präventivkrieg gegen Rußland handele, seien gänzlich unbegründet. „Niemand in Österreich-Ungarn falle es ein, russische Interessen bedrohen oder gar Handel mit Rußland suchen zu wollen“ (Österreichisches Rotbuch 1919, II, Nr. 73). Trotzdem sah Sasonow in der Ablehnung der österreichisch-ungarischen Regierung, in eine Erörterung der Notentexte einzutreten, eine Weigerung des Wiener Kabinetts, überhaupt in einen Meinungs-austausch mit Rußland zu willigen (Russisches Orangebuch Nr. 50). Diese Auslegung der Wiener Antwort bildete jedoch nur einen Vorwand, um die direkten Besprechungen zwischen Wien und Petersburg als gescheitert hinzustellen; denn bereits am 28. Juli hatte Sasonow erklärt, die Kriegserklärung an Serbien mache diesen Verhandlungen ein Ende (Englisches Blaubuch Nr. 70, Russisches Orangebuch Nr. 48).

Das Abbrechen des direkten Meinungs-austausches zwischen Petersburg und Wien bedeutete eine für Berlin unerwartete und ernste Verschärfung der österreichisch-russischen Spannung. Nicht nur die deutsche Regierung hatte von den direkten austro-russischen Verhandlungen die Lösung des Konfliktes erwartet. Auch Grey sprach sich mehrfach dafür aus (Deutsche Dokumente Nr. 357, Österreichisches Rotbuch 1919, II, Nr. 92, III, Nr. 42, Englisches Blaubuch Nr. 67, 68, 74, 84, Französisches Gelbbuch Nr. 80), und sogar der französische Botschafter in Petersburg hat sie befürwortet (Französisches Gelbbuch Nr. 54).

esements ermächtigt werde (Österreichisches Rotbuch II, Nr. 19). Berchtold gab ihm am 25. Juli die Weisung, diese Frage vorläufig nicht zu berühren (Österreichisches Rotbuch 1919, II, Nr. 40). Diese Haltung des Außenministers erscheint unverständlich, auch wenn man berücksichtigt, daß er — obwohl selbst ein Ungar — von Anfang an ein Gegner des annexionsfeindlichen ungarischen Programms war.

Szapary erhielt die erbetene Ermächtigung erst am 27. Juli, infolge persönlichen Eingreifens des Kaisers Franz Joseph (Gooss, S. 210). Die Weisung Berchtolds enthielt aber auch dann nicht den bedingungslosen Verzicht, der vom Wiener Ministerrat am 19. Juli beschlossen worden war. Es heißt vielmehr in dem Telegramm, daß die Monarchie keinerlei territoriale Eroberungen beabsichtige, solange der Krieg zwischen Österreich-Ungarn und Serbien lokalisiert bleibe (Österreichisches Rotbuch 1919, II, Nr. 75).

Dank dem Eingreifen der deutschen Regierung wurde das Mißverständnis, betreffend die österreichisch-ungarische Ablehnung, beseitigt und die direkte Aussprache zwischen Wien und Petersburg wieder aufgenommen (Deutsche Dokumente Nr. 396, 448, Österreichisches Rotbuch 1919, III, Nr. 45). Ihre Anstrengungen waren bekannt. Selbst die Londoner „Times“ schrieben in ihrem Leitartikel vom 30. Juli: Es ist ein offenes Geheimnis, daß Deutschland sein möglichstes tut, um den Draht zwischen der russischen und der österreichischen Hauptstadt wieder anzuknüpfen — to restore the wire. (Montgelas, Glossen, S. 22.) Es wird auf diese Bemühungen zurückzukommen sein.

2. Vermittlungsvorschläge

Am 27. Juli ging die serbische Antwortnote in Berlin, Petersburg, Paris und London ein*). Die Regierungen der Dreiverbandsländer sahen sie als ausreichend und sehr entgegenkommend an. In absichtlicher oder unabsichtlicher Verkennung der Methoden der serbischen Politik verschlossen sie sich der Hinterhältigkeit und Zweideutigkeit der Antwort auf manche der österreichisch-ungarischen Forderungen. Es ist auch ganz natürlich, daß sich alle Fernerstehenden nur dem günstigen Gesamteindruck hingaben, während das unmittelbar beteiligte Wiener Kabinett mit unerfreulicher Akribie nach Unzulänglichkeiten forschte.

Am 27. Juli wandte sich Grey nach Berlin mit der Bitte, die deutsche Regierung möge in Wien befürworten, daß sich Wien entweder mit der serbischen Antwort begnüge oder aber sie als Grundlage für Unterhandlungen betrachte (Deutsche Dokumente Nr. 258, Englisches Blaubuch Nr. 46). Die deutsche Regierung ist diesem Wunsche sogleich nachgekommen und hat die Annahme des englischen Vorschlages in Wien mit folgenden Worten empfohlen:

Nachdem wir bereits einen englischen Konferenzvorschlag abgelehnt haben, ist es uns unmöglich, auch diese englische Anregung a limine abzuweisen. Durch eine Ablehnung jeder Vermittlungsaktion würden wir von der ganzen Welt für die Konflagration verantwortlich gemacht und als die

*) Die große Verspätung bei der Übermittlung der serbischen Antwortnote vom 25. Juli wurde in Paris auf österreichisch-ungarische Machinationen zurückgeführt (Russisches Orangebuch Nr. 36, vgl. auch Österreichisches Rotbuch 1919, II, Nr. 54). Wahrscheinlicher ist, daß die Telegramme aus Belgrad nach Abbruch der diplomatischen Beziehungen den Umweg über Rumänien-Rußland nahmen. Die telegraphische Absendung der langen Antwortnote einmal durch die serbische Regierung an vermutlich alle serbischen Gesandtschaften, ferner die Weitergabe des Textes durch manche der fremden Vertretungen (z. B. der russischen, Orangebuch Nr. 36) wird gleichzeitig erfolgt sein. Die ohnehin durch Mobilisationstelegramme stark belasteten serbischen Leitungen waren dieser übermäßigen Inanspruchnahme wohl kaum gewachsen.